

---

FDP Neukirchen

## **POSITION DER FDP-FRAKTION ZUR KÜNDIGUNG DER VEREINBARUNG DER KI./KO. JUGENDPFLEGE IN STICHWORTEN**

27.08.2012

---

Außer der pauschalen 50%-Kritik ist dies nicht geschehen. Was der SPD-Fraktion nicht gefallen hat, hat sie, auch auf Nachfragen in gemeinsamen Sitzungen zwischen Vertretern der Stadt und der evang. Kirche, nie gesagt.

Es ist zu vermuten, dass die Kritik möglicherweise personenbezogen war. Aber dies zu sagen, fehlte offensichtlich der Mut.

Es war für die Jugendpflegerin, die eine halbe Stelle bei der Kirche hatte und in ihrer Arbeit Strukturen geschaffen hatte, sehr schwer, mit der zusätzlichen halben Stelle ein kommunales Kontrastprogramm zu installieren ohne die bestehenden Strukturen zu gefährden. Hilfe seitens der Kritiker hat es nicht gegeben und es allen Recht zu tun, ist eine Kunst, die niemand kann.

Es ist durchaus legitim, Kritik zu äußern. Man sollte dann aber die Dinge beim Namen nennen und auch eigene Versäumnisse einräumen.

- Durch die Kündigung der Stelleninhaberin ergibt sich aber eine völlig neue Situation, die beide Partner, Stadt und Kirche nutzen sollten. Es gibt einen personellen Neuanfang und die beiden Partner können bei der Stellenbesetzung ihre Zielvorstellungen klar und deutlich formulieren und dann gemeinsam entscheiden, ob man die Zusammenarbeit unter den neu formulierten Zielen fortsetzen will oder nicht. Wer jetzt nur kündigt, macht es sich zu einfach!!

Man sollte auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen Jugendarbeit heute stattfindet, berücksichtigen. Tatsache ist, dass

- die Schüler der Gymnasien an einigen Tagen Nachmittagsunterricht haben
- jetzt an der Steinwaldschule bereits zwei Jahrgänge im gebundenen Ganztagsunterricht

unterrichtet werden und voraussichtlich im nächsten Jahr alle Schüler der Klassen 5-10 ganztags bis 15 Uhr oder länger in der Schule sind.

Außerdem gibt es an der Steinwaldschule seit zwei Jahren eine Schulsozialarbeiterin.

Die FDP-Fraktion sagt nicht, dass diese veränderten Bedingungen städtische und kirchliche Jugendarbeit überflüssig machen. Wir stehen nach wie vor dazu. Politik hat aber die Aufgabe, sich den veränderten Bedingungen zu stellen und sie bei ihren Entscheidungen zu berücksichtigen. Ideologie ist hier fehl am Platze!

- Sollte die Mehrheit diesem Antrag zustimmen, gibt es eine Menge Probleme innerhalb kürzester Zeit zu lösen:

Die Stadt hat keine Räumlichkeiten!

Die Personalkosten werden sich verdoppeln und die Sachkosten bezüglich der Räumlichkeiten und ihrer Herrichtung sind nicht zu unterschätzen!

Eine Stellenbesetzung zum 1.1.2013 scheint fraglich!

Die Entscheidung über den vorgelegten Antrag ist eine politische Entscheidung, die Sachargumente sprechen aus unserer Sicht für eine weitere Zusammenarbeit. Deshalb bitten wir die Kolleginnen und Kollegen, den Antrag abzulehnen.

Wenn der Antrag keine Zustimmung finden sollte, wäre ernsthaft zu prüfen, ob die gemeinsame Arbeit dann unter Federführung der Stadt durchgeführt wird und sich die Kirche mit einem entsprechenden Zuschuss beteiligt. Unter diesen Voraussetzungen könnte auch den Kritikern eine Brücke gebaut werden.